

STELLUNGNAHME

der EnBW AG bzw. der terranets bw GmbH im Rahmen einer Bitte der

Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“

August 2023

EnBW und terranets werden darum gebeten, die im **vierten Handlungsfeld des Einsetzungsbeschlusses** (s.u.) aufgeworfenen „Fragen“ zu beantworten, soweit diese ihr Tätigkeitsfeld und Expertise betreffen. Dabei mögen sie den Mitgliedern der Enquetekommission **nach Möglichkeit auch konkrete Handlungsempfehlungen und Verbesserungsvorschläge unterbreiten**, die ihrer Ansicht nach erforderlich sind, um das baden-württembergische Gemeinwesen im Hinblick auf künftige Krisen besser vorzubereiten und handlungsfähiger zu machen.

Der relevante Auszug aus dem Einsetzungsbeschluss [Ziffer III. 4., Landtags-Drucksache 17 / 1816 vom 7.2.22] wird nachfolgend zitiert, um dann zu den konkreten Handlungsempfehlungspunkten a) bis h) jeweils Stellung zu nehmen:

*In einem **vierten Handlungsfeld** sollen insbesondere **ökonomische Aspekte** betrachtet werden.*

Die globale Dimension der Pandemie verdeutlichte, wie vernetzt moderne Gesellschaften sind und wie grundlegend Kontinente überspannende Kausalketten als Merkmal einer globalisierten Welt gesundheitliche, ökonomische – aber auch ökologische – Risiken nach sich ziehen. Unsere Wirtschaft ist international erfolgreich, doch genau das macht sie anfällig, da sie Krisen überall auf der Welt ausgesetzt ist.

Gleichzeitig zeigte die Pandemie die Bedeutung von Innovationsfähigkeit als Krisenreaktionsinstrument auf. Es stellt sich die Frage, wie es gemeinsam mit der Wirtschaft gelingen kann, unser Land resilienter aufzustellen und die Innovationsfähigkeit als Schlüssel zur Bewältigung künftiger Krisen weiter zu stärken. Dazu gehört in der Konsequenz auch, dass Menschen in systemrelevanten Tätigkeitsfeldern angemessen wertgeschätzt und bezahlt werden.

Hierzu soll die Enquetekommission Handlungsempfehlungen entwickeln, die auf Landesebene dazu geeignet sind,

- a) die Potenziale des Marktes in der Trias Staat – Markt – Bürgergesellschaft zu aktivieren, um zur Krisenfestigkeit des Landes beizutragen, insbesondere auch mit Blick auf die Herausforderungen der ökologischen Krise;*
- b) die Innovationsfähigkeit unserer Unternehmen weiter zu stärken, damit sie in ihrer Resilienz gestärkt werden und zugleich einen entscheidenden Beitrag zur Bewältigung künftiger Krisen leisten können;*
- c) Risiken für zentrale Infrastrukturen (Verkehrswege und -träger; Telefon, Internet, Strom, Gas, Wasser/Abwasser) zu minimieren bzw. deren Schutz und Belastbarkeit zu erhöhen;*
- d) eine Maßnahmenfolgeabschätzung zu entwickeln;*
- e) die baden-württembergische Wirtschaft krisenfester aufzustellen, insbesondere Vorschläge zu machen, wie rechtliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen geschaffen und für den Krisenfall Produktionswege und Produktionsprozesse definiert werden können, die in der gebotenen Schnelligkeit und ausreichenden Anzahl die Versorgung der Bevölkerung mit (lebens-)notwendigen Waren und medizinischem Material am Standort Baden-Württemberg sicherstellen;*
- f) bezüglich des mobilen Arbeitens Lehren aus der Krise zu ziehen;*

g) darauf hinzuwirken, systemrelevante Tätigkeiten im Hinblick auf verschiedene Krisen zu identifizieren, gesellschaftlich anzuerkennen und angemessen zu bezahlen, ohne dabei die Tarifautonomie in Frage zu stellen;

h) Abschottungstendenzen und -folgen auf internationaler, europäischer und nationaler Ebene entgegenzutreten.

Ad a) Als Unternehmen der Energieversorgung (EnBW AG als voll-integriertes Unternehmen im Bereich Strom, Gas, Wasser, Fernwärme, Müllentsorgung, Kommunikation; terranetsbw GmbH im Bereich Gasfernleitung; beide der Einfachheit halber hier abgekürzt „E/t“) bauen und betreiben wir vor allem Infrastruktur im Bereich Daseinsvorsorge, z.B. in Form von Stromerzeugungsanlagen oder von Netzen zur Versorgung mit Gas. Dies drückt sich u.a. in einer starken Shareholder-Schaft der öffentlichen Hand sowie der Zugehörigkeit zum Bereich „Kritischer Infrastruktur“ (KRITIS) aus. Insofern unterliegen viele unserer Aktivitäten einer starken Regulierung und sind weniger unter einem typischen freien Markt zu subsumieren.

Gleichwohl spielt die Trias Staat – Versorgungsunternehmen – Bürgerschaft eine wichtige Rolle bei der Bewältigung von und der Härtung gegen („Resilienz“) krisenhafte Situationen wie jüngst die Pandemie oder der Angriffskrieg auf die Ukraine. Ein enger, offener Austausch mit Behörden/Politik und das Fällen pragmatischer Entscheidungen sind der Schlüssel für ergebnisorientiertes Handeln zur Gewährleistung von Versorgungssicherheit. Dies muss flankiert sein mit einem gewissen Maß an Verständnis seitens (der Mehrheit) der Bevölkerung für kausale Zusammenhänge und bestimmte wenn/dann-Zwänge. Sie darf zurecht und aus Gewohnheit eine sehr hohe Verfügbarkeit von ausreichend Strom und Gas unterstellen, sollte sich aber im unwahrscheinlichen Bedarfsfall auch der eigenen Verantwortung und Beiträge bewusst sein, wie sie das System einer vernetzten Gesellschaft in all seinen Facetten zeitweise entlasten kann und ggf. sogar stützend wirkt. Der Anspruch an jeden und jede sollte dann darin bestehen, Teil der Lösung und nicht des Problems sein zu wollen, was mit Erkenntnis als Vorstufe für Haltung zu tun hat.

Als Beispiel für eine Art „Graswurzelbewegung“ könnte hier dienen, dass sich bereits eine wachsende Zahl von Kommunen in BaWü detailliert mit Fragen der eigenen Resilienz im Falle von krisenhaften Szenarien auseinandersetzt, um individuell zugeschnittene Konzepte in Form eines Krisenhandbuchs zu entwickeln. Diese „Hilfe zur Selbsthilfe“ bietet die EnBW als Dienstleistung an und beübt sie auch mit den Kommunen. Denn jede Kommune, die sich mit ihren Bürgern im Ernstfall zunächst einmal selber helfen könnte, entlastet das System für dann noch wichtigere Einsätze. Das Potenzial ist groß.

Es kommen verstärkt auch Szenarien in den Blick, die dem Klimawandel zuzurechnen sind und etwa mit Wasserknappheit, Waldbrandgefahren, Hitzeperioden, Starkregenereignissen etc. einhergehen. Erkenntnisse in diesem Bereich führen dann sicherlich auch dazu, dass Anstrengungen zur Beschränkung des menschengemachten Klimawandels stärker auf das eigene Tun/Nichttun bezogen werden.

Ad b) Der Innovationsfähigkeit geht Innovationsfreudigkeit voraus: m.a.W. geht es darum, die Rahmenbedingungen zu schaffen, die Innovation befördern, ein innovationsfreundliches Klima bilden. Dazu zählen eine optimistische Sicht (der Gesellschaft) auf Innovation als Chance, nicht als Bedrohung; Mut, mit Rückschlägen umzugehen; Fördern von Flexibilität, Kreativität und Interesse für Innovation in der Ausbildung; Senken von bürokratischen Hürden; gezielte finanzielle Förderung aussichtsreicher Ansätze u.v.a.m. Innovationen, die einseitige Abhängigkeiten von bestimmten Roh-/Brennstoffen, Vorprodukten oder Bauteilen reduzieren, mindern Risiken und stärken Resilienz.

Mit Blick auf die Energiebranche stellt die Transformation zu einer Wasserstoffwirtschaft große Herausforderungen, denen sich auch E/t intensiv widmen. BaWü als wichtiges Industrieland mit

gleichzeitig begrenzten eigenen Ressourcen sollte hierzu die Kooperation von Politik/Verwaltung und Wirtschaft stark befördern und den Anspruch haben, die innovativsten Ansätze zu unterstützen.

Ad c) Innerhalb der KRITIS-Bereiche stellt die sichere Versorgung insbesondere mit Strom, aber auch mit Gas (Erdgas, künftig vermehrt H₂) die in ihrer Unmittelbarkeit und Tragweite sicherlich sensibelste Aktivität dar, weil praktisch alle anderen davon ziemlich direkt betroffen sind. Daher befinden sich die entsprechenden zentralen Einrichtungen wie Kraftwerke, Netzleitstände usw. seit langem auf hohem sicherheitstechnischem Niveau.

Insbesondere mit dem Überfall auf die UKR und den Drohungen gegenüber westlichen Staaten hat sich die Sicherheitslage z.B. im Bereich Cyber nochmals deutlich verschärft. Dem trägt u.a. die Europäische „Network and Information Security (NIS) Directive“ (NIS-2) Rechnung, ebenso wie das in Abstimmung befindliche KRITIS-Dachgesetz, das z.B. auch den physischen Schutz und die Personenprüfung stärker in den Blick nimmt.

Aufgrund ihrer schier flächigen Ausdehnung können Energie- und Kommunikationsinfrastruktur nicht vollständig geschützt werden. Der Fokus hoher Resilienz richtet sich daher auf den Schutz zentraler Einrichtungen oder Knoten, sowie auf die Ausbildung von Redundanzen zur flexiblen Umgehung/Kompensation/Behebung von Störstellen.

Ad d) Es ist selbstredend notwendig und sinnvoll, bei systematischen Weichenstellungen mit hohem Ressourceneinsatz und nachhaltiger Wirkung die Fragen von Folgen und Nebenwirkungen frühzeitig und umfassend zu adressieren. Denn: keine Handlung oder keine Nichthandlung ohne Folgen! Nur darf der Zeitpunkt nicht verpasst werden, auch ins Handeln zu kommen, selbst wenn noch letzte Restunsicherheiten bestehen. Hier muss sachlich und irgendwann auch politisch zwischen Chancen und Risiken des Tuns abgewogen und entschieden werden unter Setzung von Prämissen bzw. Inkaufnahme von letztem Nichtwissen.

Wichtig bleiben nach der Entscheidung das ehrliche Monitoring zur Erreichung der gesteckten Ziele und der darauf basierende Wille zum Nachjustieren/Umsteuern.

Ad e) [dieser Aspekt rührt insbesondere aus der Erfahrung gewisser Mangellagen (z.B. med. Masken, Beatmungsgeräte, etc.) während der Pandemie und trifft auf die Tätigkeiten von E/t nur sehr bedingt zu. Im Rahmen der UKR-Krise wiederum hatten E/t selbstverständlich hohen Anteil an den Maßnahmen, sich von Lieferungen seitens des Aggressors möglichst rasch vollständig unabhängig zu machen und für die Winterlagen 22/23 ff. Vorsorge zu treffen]

Ad f) Man kann festhalten, dass mobiles Arbeiten durch die Kontaktminderungsstrategie im Zuge der Corona-Pandemie stark gepusht bzw. überhaupt erst breit initiiert wurde. Dies galt auch für E/t, die im März 2020 sehr konsequent und schnell Homeoffice überall da eingeführt haben, wo es die Tätigkeiten der Mitarbeitenden erlauben. Inzwischen wurde auf dieser Basis im Rahmen eines „Best Work“ genannten Projekts ein weitgehendes, dauerhaftes, individuelles Angebot zu mobilem Arbeiten etabliert, von dem die Belegschaft auch rege Gebrauch macht.

In Bezug auf die Wirkung mobilen Arbeitens auf die Resilienz im Krisenfall spielen verschiedene Aspekte eine Rolle: Kontaktminderung bei pandemischer Lage, Flexibilisierung bzgl. Ort und Zeit (damit z.B. geringere Transportaufkommen, höhere Disponibilität), aber z.B. auch höhere Anforderungen an die IT-Sicherheit bei großflächiger Nutzung mobiler IT/Daten außerhalb von Unternehmensstandorten.

Hinsichtlich des sicheren Betriebs von KRITIS-Einrichtungen von E/t bedingen zahlreiche Tätigkeiten/Rollen selbstredend die Präsenz von Kern-Schlüsselpersonal an den jeweiligen Standorten.

Ad g) [Dieser Aspekt spielt zurecht insbesondere auf Tätigkeiten im Gesundheits-/Pflegesektor an]

Ad h) Gerade im Tätigkeitsfeld Strom/Gas einer modernen Industriegesellschaft ist der Aspekt der Vernetzung/Vermaschung/Kooperation von elementarer Bedeutung. Energieflüsse sind häufig sehr weiträumig, und relevante Störungen wirken sich i.d.R. auch übergeordnet aus. Im Sinne der Stärkung von Resilienz liegt darin aber eben auch die Möglichkeit, Redundanzen zu erzeugen und bewusst zu nutzen, um regionale Engpässe überregional auszugleichen, sich also wechselseitig zu stützen.

Für den Energiesektor heißt das, es ist gut und wichtig, wenn Staaten/Regionen ihre jeweiligen Bedarfe autark, stabil und möglichst nachhaltig decken können, über die Vernetzung aber erreicht man ein stabilisierendes Gesamtoptimum, da die Voraussetzungen an Bedarfen und Versorgungsmöglichkeiten regional sehr unterschiedlich ausgeprägt sind. Insofern bildet der weitere Systemausbau von überregionaler Energieinfrastruktur (z.B. Übertragungs- und Fernleitungsnetze) durch kooperationswillige Gesellschaften das Gegenteil von „Abschottungstendenzen“.

Im Lichte der Erfahrungen aus dem Überfall der UKR mit Stärkung alternativer Gasbezugsoptionen (LNG etc.) wurden in kurzer Zeit wichtige Lösungen entwickelt. Für die angestrebte Transformation hin zu einer Wasserstoff-basierten Energie- und Rohstofflandschaft sind die Herausforderungen nochmal ungleich gewichtiger: breite, partnerschaftliche Kooperation zum Zwecke globalen Klimaschutzes ist „sine qua non“-Voraussetzung!

In Deutschland und BaWü muss Bürgergesellschaft dazu aufklärungsbereit und lösungsorientiert sein, Verwaltung pragmatisch und unbürokratisch, Politik ehrlich und langfristig denkend sowie Unternehmen kreativ und risikobereit. E/t leisten hierzu bereits entsprechende Beiträge.

Weitere bisherige Beiträge der EnBW AG zur Arbeit der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ sind wie folgt:

[1: Teilnahme/Impuls zum Bürgerforum Krisenfeste Gesellschaft - Input "Wirtschaft" am Samstag, 8.10.2022 im Landtag Stuttgart;



Bürgerforum-Krisen
feste_Briefing_Wirts



221008

Bürgerforum Krisenf

[2: Anfrage über den Verband für Energie- und Wasserwirtschaft Baden-Württemberg e.V. – VfEW /

„In ihrer 7. Sitzung wurde beschlossen den VfEW zu einer schriftlichen Stellungnahme aufzufordern. Hierbei wurde das zweite Handlungsfeld von uns abgefragt, welches sich um die staatliche Krisenvorsorge, -früherkennung und -bekämpfung. Die Kommission soll unter anderem erörtern, wie das Zusammenwirken von Politik, Zivilgesellschaft, spezialisierten Organisationen und Wirtschaft in diesem Bereich optimiert werden kann. Des Weiteren soll untersucht werden, wie staatliche Stellen ebenen-, ressort- und grenzübergreifend besser zusammenarbeiten können. Zudem sollen Einrichtungen der Daseinsvorsorge identifiziert werden, deren Betrieb auch in Krisenzeiten prioritär sicherzustellen ist.“



Abfrage
Enquetekommission

[3: Rede von Dr. C. Müller, Vorsitzender der Geschäftsführung der Netze BW GmbH, im Landtag in seiner Rolle als Experte für die Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“, 3/2023]